

Der SWR verteidigt die einseitige Auswahl der Experten in seiner Sendung „Report“ vom 19. September unter dem Titel „Katalog der Grausamkeiten“ und sieht in der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ als „eine Gruppe von Menschen...“, die sich über den Zustand unserer sozialen Marktwirtschaft nachhaltig Sorge macht und an Lösungen arbeitet. Wer die INSM finanziert und welche politische Zielsetzung sie hat, wird allerdings geflissentlich verschwiegen. Der Brief an Kritiker der Sendung erhellt, wie gleichgeschaltet die öffentliche Meinung in Deutschland schon ist.

Wir geben Ihnen den Brief des SWR an einige unserer Leser zur Kenntnis:

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Zuseherinnen und Zuseher,

es gab viele Mails auf das o.g. Thema, sowohl Anerkennung als Kritik für diesen Bericht. Ich will jetzt insbesondere auf die kritischen Anmerkungen eingehen. Allerdings sei voraus geschickt, dass bei solcher Rundmail nicht auf alle Argumente eingegangen werden kann, weil dies unsere Kapazitäten schlicht und einfach sprengen würde:

Wiederholt ist kritisiert worden, wir hätten mit den drei Professoren Raffelhüschen, Straubhaar und Hüther nur den Vertretern der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) das Wort erteilt. Dazu ist zu bemerken: Die drei Interviewten sind als Chefs ihrer jeweiligen Institute befragt worden. In dieser Eigenschaft publizieren sie in den führenden Fachzeitschriften, werden zitiert von Süddeutscher Zeitung bis New York Times, von Tagesthemen bis heute journal. Das sind für uns u.a. (insbesondere die Fachpublikationen) die Kriterien der Auswahl unserer Gesprächspartner. Dass jeder Wissenschaftler darüber hinaus in diversen Fachgesellschaften Mitglied ist, bei bestimmten Kongressen oder anderen Veranstaltungen auftritt, ist in diesem Zusammenhang wirklich von erheblich weniger Bedeutung. Insofern lassen sich die Aussagen der Professoren auch keinesfalls auf das Wirken der INSM reduzieren. Außerdem ist vielleicht Ihnen auch bekannt, dass diese INSM kein homogener „Interessenclub“ ist, sondern die verschiedensten Experten vereint - von Rektoren diverser Unis über Mitglieder des Club of Rom, von CDU-, SPD-Mitgliedern bis zu Bündnis 90. Diese allesamt als konservativ bzw. neoliberal zu „verteufeln“ wird dem nicht gerecht bzw. greift viel zu kurz. Selbst schärfste Kritiker dieser Initiative gestehen zu, dass es sich hierbei um eine Gruppe von Menschen handelt, die sich über den Zustand unserer sozialen Marktwirtschaft nachhaltig Sorge macht und an Lösungen arbeitet. - Die von uns befragten Experten repräsentieren außerdem auch die einhellige Meinung der Wirtschaftswissenschaftler von Hamburg bis Freiburg, von Halle bis München. Und es gibt wirklich nur sehr wenige Ausnahmen, die diesen Experten widersprechen. Insofern halten wir unsere Darstellung angesichts der Problemlage der Sozialkassen für völlig angemessen;

die Experten, der im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der Linkspartei) sehen das im Wesentlichen nicht anders, nur das es nicht so klar in den Wahlprogrammen steht, aber genau deshalb haben wir diesen Bericht gemacht.

Die Anregung über die zukünftige Last der Beamtenpensionen für den Steuerzahler zu berichten, greifen wir gern auf und werden wir prüfen. Doch ist zu diesem Thema schon einiges gemacht worden, wir werden da jetzt aber noch einmal genauer hinschauen.

Mit freundlichen Grüßen